

Die EU will den Rettungsplan mit neuen Steuern finanzieren

Fast 1900 Milliarden sollen verteilt werden – Streit ist programmiert
CHRISTOPH G. SCHMUTZ, BRÜSSEL

Luftige Worte und grosse Zahlen gehören zu den Markenzeichen der EU Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen. Das ist auch beim Wiederaufbauplan so. Mit insgesamt 1850 Mrd. € will Brüssel die Wirtschaft Europas nach der Coronavirus-Krise wieder in Schwung bringen. Der Betrag setzt sich zusammen aus dem leicht angepassten Sieben-Jahre-Budget der EU (1100 Mrd. €) und einem „Wiederherstellungsinstrument“ (750 Mrd. €). Von der Leyen sprach am Mittwoch vor dem EU-Parlament von einem „Generationenvertrag“, den sie eingehen wolle. Zusammen mit dem bereits beschlossenen Hilfspaket von 540 Mrd. € stelle die EU fast 2400 Mrd. € zur Verfügung, um gegen die Folgen der Pandemie vorzugehen. «Lasst uns die Kraft wiederentdecken, die von der Idee des gemeinsamen Europa ausgeht», sagte von der Leyen.

Ein aufgebrezeltes Budget

Das Sieben-Jahre-Budget steht im Zentrum des Erholungsplans. Die Mitgliedstaaten finanzieren diesen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) gemäss den Anteilen ihrer Volkswirtschaften. Deutschland kam im laufenden MFR von 2014 bis 2020 für knapp 21% und damit den mit Abstand grössten Teil der Kosten auf. Der Präsident des Rates der Mitgliedstaaten, Charles Michel, hatte an dem im Februar (gescheiterten) EU Gipfel den Staats- und Regierungschefs eine Summe von 1095 Mrd. € für die sieben Jahre von 2021 bis 2027 vorgeschlagen.

Von der Leyen fordert nun 1100 Mrd. €. Die Kommission hat sich hier bewusst mit zusätzlichen Ansprüchen zurückgehalten. Davon erhofft sich Brüssel eine schnellere Einigung der zerstrittenen Mitglieder. Der Wiederaufbau-Fonds – von der Leyen nennt ihn „Next Generation EU“ – ist der eigentliche Hebel für zusätzliche Gelder. Die Kommission will dank Garantien der Mitgliedstaaten 750 Mrd. € am Kapitalmarkt aufnehmen. Dafür ist eine Erhöhung der sogenannten Eigenmittel-Obergrenze geplant. Sie liegt bei 1,2% und soll auf 2% steigen. Die Grenze liegt höher als das Budget, und die Differenz ist eine Art Puffer. Die Kommission hat diese schon in der Vergangenheit als Sicherheit für die Schuldenaufnahme genutzt, wenn auch in geringerem Ausmass. Die so aufgenommene Summe fliesst dann ebenfalls ins Budget. Dort schlägt die Kommission einige neue Programme vor und will andere bereits bestehende Initiativen üppiger ausstatten. Die 750 Mrd. € sollen bis 2024 einerseits als Subventionen (500 Mrd. €) und andererseits als Darlehen (250 Mrd. €) fliessen. Dieser Verteilschlüssel stellt einen Streitpunkt dar. Der Süden will viele Zuschüsse, der Norden viele Darlehen.

Das Geld ist für drei Bereiche vorgesehen. Die grösste Summe (560 Mrd. €) sollen die Mitgliedstaaten für Investitionen und Reformen erhalten, davon 310 Mrd. als Subvention und 250 Mrd. als Darlehen. Verteilt wird nach einem Bedürftigkeitsschlüssel. Wer stärker unter der Krise leidet, erhält mehr. Der deutsche Ökonom Christian Odendahl schätzte am Mittwoch, dass Italien aus dem ganzen Next-Generation-EU-Programm netto bis zu 26 Mrd. erhalten könnte, Spanien 34 Mrd. und Polen 17 Mrd. Deutschland steuert dagegen netto 103 Mrd. € bei. Um in den Genuss dieser Gelder zu kommen, müssen die Mitgliedstaaten in Brüssel Anträge stellen. Ihre Pläne sollten die Schwerpunkte der EU berücksichtigen: Entlastung der Umwelt, Digitalisierung, mehr Resilienz gegenüber Krisen und EU-Reformempfehlungen.

Rückzahlung bis 2058

Ein zweiter, kleinerer Bereich sieht Hilfen für Unternehmen in wenig zahlungskräftigen Staaten vor. Das wichtigste Instrument ist hier ein Solvenzplan. Er ermöglicht Beihilfen in Form von Eigenkapitalbeteiligungen. Technisch gesehen erhält die Europäische Investitionsbank (EIB) dafür eine Garantie aus dem EU Budget. Damit mobilisiert die EIB wiederum private Gelder für angeschlagene, bedürftige Firmen mit grundsätzlich gesundem Geschäftsmodell.

Der dritte, kleinste Bereich sieht Hilfen für den Gesundheitssektor vor und soll dafür sorgen, dass Lehren aus der Coronavirus-Krise gezogen werden. Zum Beispiel ist ein neues EU-Programm namens EU4Health mit einer finanziellen Ausstattung von 9,4 Mrd. € geplant. Die Aufstockung des EU-Budgets soll temporär sein. Die Kommission will die gemeinsamen Schulden ab 2028 über 30 Jahre zurückbezahlen. Dafür sieht sie drei Möglichkeiten: Sie kann die Beiträge der Mitgliedstaaten erhöhen, die Ausgaben kürzen oder neue Steuern schaffen. Ganz offensichtlich gibt es zumindest unter der Beamtenschaft in Brüssel eine Präferenz für die dritte Option. Die Kommission zählt vier mögliche Quellen für Zusatzeinnahmen auf: erstens eine Ausdehnung des Emissionshandelssystems (ETS) auf die Seefahrt und den Flugverkehr, zweitens Zölle auf CO₂-Importe, drittens zusätzliche Steuern für grosse Firmen und viertens mehr Steuern für Internetkonzerne.

Mehr Umverteilung

Bei allem Gerede um „Wiederaufbau“ und „Erholung“ darf nicht vergessen werden, dass es im strikt physischen Sinn nichts aufzubauen gibt. Vielmehr will die EU noch stärker das tun, was sie schon vorher mit durchzogenem Erfolg versucht hat – nämlich mit vielen Programmen die Wirtschaft in Schwung zu bringen, die Arbeitslosigkeit zu verringern und die Lücke zwischen armen und reichen Ländern zu schliessen. Neu ist, dass die Umverteilung sprunghaft zunimmt. Deutschland wird als grösster Nettozahler und von der Coronavirus-Krise weniger stark betroffenes Land deutlich stärker zur Kasse gebeten als bisher. Ferner will die EU erstmals im grösseren Rahmen gemeinsame Schulden aufnehmen. Das bedeutet eine stärkere Integration, auch wenn jeder nur mit seinem Anteil haftet und die Massnahme temporär sein sollte. Und schliesslich wird es Druck geben, europäische Steuern einzuführen.

Das Paket enthält einige solche „heissen Eisen“. Und solange die Finanzmärkte nicht die Zahlungsfähigkeit von hochverschuldeten EU-Staaten wie Italien infrage stellen, dürften die Staats und Regierungschefs noch einige Zeit darüber streiten. Als Nächstes werden sie das am 19. Juni 2020 tun. Dann wünscht sich die EU-Kommission eine politische Grundsatz-einigung. Anschliessend müssten die Länder den Beschluss ratifizieren, was die Zustimmung von nationalen Parlamenten erfordert und ebenfalls Zeit beansprucht. Um dennoch bereits im Herbst bereit zu sein, schlägt die Kommission zusätzlich eine Überbrückungslösung vor. Die Mitgliedstaaten sollen dafür mehr in das laufende Budget zahlen. Dafür braucht es „nur“ Einstimmigkeit im Rat und ein Ja des EU-Parlaments.